

Er erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 Mk., fürs
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

Sattler-



Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gepaltene Zeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerel und der gesamten
Lederverwarendindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 43 .: 31. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-
straße 106 .: Telefon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 26. Oktober 1917

Inhalt. Beitragsleistung. — Die internationalen Verbindungen der Gewerkschaften. — Zur Beitragsfrage. — Bericht der 36. Sitzung der Schlichtungskommission für das Heeresausrüstungsgewerbe Groß-Berlins. — Sitzung der Schlichtungskommission für das Heeresausrüstungsgewerbe in Frankfurt a. M. — Sitzung der Schlichtungskommission für das Heeresausrüstungsgewerbe in Offenbach a. M. — Sitzungsbericht der Schlichtungskommission Alm-Neu-Alm für das Lederausrüstungsgewerbe. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Briefkasten. — Adressenänderungen. — Sterbefälle. — Anzeigen.

Für die Woche vom 28. Oktob. bis 3. Nov. 1917 ist der 44. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

Die internationalen Verbindungen der Gewerkschaften.

Der „Grundstein“ schreibt zu diesem zeitgemäßen Thema:

Die internationalen Verbindungen der Gewerkschaften, die im Internationalen Gewerkschaftsbund ihre Spitze finden und deren es wohl für jeden Beruf eine gibt, sind aus den tatsächlichen Bedürfnissen des gewerkschaftlichen Kampfes herausgewachsen und haben ganz bestimmte, fest umrissene Aufgaben. Sie sind eine Ergänzung der nationalen Gewerkschaften und dienen dem gleichen Zweck wie diese, nämlich dem Kampf um den wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg der Arbeiterschaft. Ihre Tätigkeit setzte dort ein, wo die Tätigkeit der nationalen Gewerkschaften ihre natürliche Grenze fand. Bei Arbeitskämpfen zum Beispiel suchten die Unternehmer aus dem In- und Ausland Streikbrecher heranzuloden. Im Inland konnte der im Kampf stehende Berufsverband dem Zuzug entgegenwirken, im Ausland aber versagte seine Macht, und er brauchte die Hilfe des ausländischen Bruderverbandes zur Aufklärung der Öffentlichkeit und zur Fernhaltung des Zuzugs. Oder: Die Mitglieder eines Verbandes hatten sich durch jahrelange Mitgliedschaft das Anrecht auf Unterstützung und auf Schutz und Hilfe in Fällen der Not erworben. Im Ausland konnte ihnen ihre Heimatsorganisation Schutz und Hilfe nicht mehr gewähren; ihre erworbenen Rechte gingen verloren; die Mitgliedschaft verfiel. Was lag näher, als daß man diesen wandernden Mitgliedern durch internationale Vereinbarungen mit den ausländischen Berufsverbänden ihre erworbenen Rechte auch im Ausland sicherte und sie dadurch der gewerkschaftlichen Organisation erhielt?

Solche und ähnliche Bedürfnisse sind es, denen die internationalen Verbindungen der Gewerkschaften ihr Entstehen verdanken. Immer haben sich diese Verbindungen auf die Lösung praktischer Fragen beschränkt und alle Anregungen zurückgewiesen, die darauf hinausgingen, die Gewerkschaftsinternationalen oder die nationalen Gewerkschaften mit Aufgaben zu bepacken, die über die Förderung der gewerkschaftlichen Bestrebungen hinausgingen.

Die internationalen Verbindungen der Gewerkschaften sind nicht als etwas Fertiges ins Leben getreten. Sie haben sich ganz langsam entwickelt, und ihre Entwicklung war auch beim Ausbruch des Krieges noch nicht abgeschlossen. Anfanglich waren die meisten Verbindungen ganz lose. Man verständigte sich schrift-

lich oder mündlich über die gegenseitige Hilfe bei Arbeitskämpfen, über die Aufklärung der Öffentlichkeit, über die Fernhaltung von Streikbrechern, Verweigerung der Streitarbeit usw. Allmählich bildete sich zwischen den einzelnen Landesorganisationen ein festeres Band. Man hielt internationale Berufskonferenzen ab, wählte internationale Sekretäre, sorgte durch den Abschluß von Kartellverträgen oder andere Einrichtungen dafür, daß die in einem fremden Land arbeitenden Mitglieder des einen Landesverbandes kostenlos in die Organisation des fremden Landes übertreten konnten und daß sie die in ihrer Heimatorganisation erworbenen Rechte behielten. In einzelnen Berufen, darunter auch im Bauberuf, schuf man sogar internationale Mitgliedsbücher, die in jedem Lande Geltung behielten. Man beschloß den Austausch von Druckachen und die periodische Herausgabe internationaler Berichte über den Stand der nationalen Organisationen. Man unterstützte die schwachen nationalen Organisationen bei größeren Arbeitskämpfen mit Geldmitteln und verpflichtete zu diesen Zwecken die nationalen Organisationen zur Zahlung von Beiträgen an das internationale Sekretariat. Auch in der Agitation wurden die schwächeren Landesorganisationen oder von einzelnen stärkeren Landesverbänden nach besten Kräften unterstützt. Alle diese Dinge mußten natürlich den internationalen Verbindungen der Gewerkschaften einen ganz anderen Halt geben, als ihn die Idee der internationalen Solidarität mitamt der Tätigkeit der internationalen Sozialistenkongresse und des Internationalen sozialistischen Bureaus der politischen Internationale geben konnten. Das war auch der Grund, weshalb diese Verbindungen bei Ausbruch des Krieges nicht so jäh zusammenbrachen wie die politische Internationale.

Ohne Einfluß ist freilich der Krieg auch auf die internationalen Verbindungen der Gewerkschaften nicht geblieben. Das war schon deshalb nicht möglich, weil ja zwischen den Führern der politischen und der gewerkschaftlichen Internationalen sowie der gewerkschaftlichen Landesverbände eine teilweise Personalunion besteht und weil natürlich auch die Gewerkschaften mehr oder weniger von den nationalen Strömungen und den wirtschaftlichen Bedürfnissen ihrer Länder beeinflusst wurden. Immerhin war wohl am Anfang des Krieges bei den meisten gewerkschaftlichen Landesverbänden das Bestreben vorhanden, die internationalen Verbindungen der Gewerkschaften möglichst unverfehrt durch die Stürme des Weltkrieges zu retten. Das gilt im allgemeinen sowohl für die Gewerkschaften der Kriegführenden wie der neutralen Länder. Charakteristisch ist in dieser Beziehung ein von Mitte August 1914 datiertes Schreiben, das der Sekretär des französischen Bauarbeiterverbandes auf dem Umweg über den norwegischen Maurerverband an die Glieder der Bauarbeiterinternationale gerichtet hat. Es heißt darin:

„Der Ausschuss unseres Verbandes zur Pflege internationaler Verbindungen hat beschloffen, die Beziehungen zu unseren ausländischen organisierten Genossen, soweit dies eben möglich ist, aufrechtzuerhalten in der Hoffnung, daß nach Kriegsende es uns erlaubt sein wird, die Bande der Brüderlichkeit und Solidarität zwischen allen in der internationalen Bauarbeiterorganisation stehenden Genossen zu erneuern. Wir wären glücklich, gerade unter den gegenwärtigen Verhältnissen die gleiche Versicherung von Euch zu empfangen.“

In diesem Sinne ist wenigstens in der ersten Zeit des Krieges von den meisten den Berufsinter-

nationalen angeschlossenen Landesverbänden gehandelt worden. Tatsächlich wurden in manchen Berufen die internationalen Beziehungen durch den Krieg auch nur ganz wenig gestört. So teilte der internationale Sekretär der Steinarbeiter, Kolb, Basel, in seinem Jahresbericht für 1914/15 mit, daß der internationale Verkehr mit den nationalen Landesverbänden — mit Ausnahme des belgischen — aufrechterhalten werden konnte. Es sei nur vorübergehend verlangsamt und gestört worden. Das Sekretariat gibt auch während der Kriegszeit die üblichen Vierteljahrs- und Jahresberichte an die einzelnen Landesverbände heraus. Der Verkehr mit allen Ländern, mit Ausnahme von Belgien und den Balkanstaaten, war sogar reger als in Friedenszeiten. Als nach Kriegsausbruch zwischen den Gewerkschaften der einzelnen Länder Polemiken einsetzten, vermittelte der internationale Sekretär, worauf die kritischen Auseinandersetzungen eingestellt wurden. Er stellte auch Nachforschungen nach kriegsgefangenen Berufsgenossen an und vermittelte den Austausch der Zeitungen und Postsendungen zwischen den angeschlossenen Landesverbänden der kriegführenden Länder. Ebenso wurde die Internationale der Maler vom Krieg nur wenig berührt. Ihr Sekretär, Streine, Hamburg, sagt in seinem Jahresbericht für 1915: „Wir blieben mit den unserer Internationale vor dem Krieg schon angeschlossenen Organisationen im besten Einvernehmen, auch mit den amerikanischen Kollegen, die dem Sekretariat nicht angeschlossen sind.“ Ähnlich günstig lautet der Bericht für 1916. Auch das internationale Schuhmachersekretariat (Sitz Nürnberg) konnte in seinem Jahresbericht für 1915 mitteilen, daß sich das Sekretariat während der Kriegszeit gut behauptet habe. Das gleiche gilt für verschiedene andere internationale Berufssekretariate. In einzelnen Berufen beschränkte man sich allerdings auf den Austausch der Fachzeitungen oder auf gelegentliche Briefe an einzelne Landesverbände. Vereinzelt haben internationale Sekretäre auch während des Krieges Kongresse der angeschlossenen Verbände in den neutralen Ländern besucht und sind dort mit Leitern der Berufsverbände feindlicher Länder zusammengetroffen. Und im letzten Sommer haben sogar mehrere internationale Berufskongresse stattgefunden.

Freilich hat es während des Krieges auch in einigen Gewerkschaftsinternationalen stärkere Konflikte gegeben. Dies gilt besonders vom Internationalen Gewerkschaftsbund selbst. Mehrmals haben sich die Engländer gemeinsam mit Franzosen und Belgiern bemüht, den Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes von Deutschland in ein neutrales Land zu verlegen. Und zwar wollten sie die Sitzverlegung einfach dekretieren, ohne eine internationale Konferenz darüber entscheiden zu lassen. Als der Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Belgien, im Juni 1915 den Vorschlag machte, eine internationale Konferenz über den Antrag auf Sitzverlegung entscheiden zu lassen, lehnten die Engländer die Teilnahme ab. In der von Appleton verfaßten Begründung dieser Ablehnung kommt die ganze englische Ueberheblichkeit zum Ausdruck:

„Selbst wenn der eine oder andere Vertreter bereit wäre, den Gefahren Trost zu bieten, wäre es doch zwecklos, unsere Leute aufzufordern, einer solchen Konferenz zuzustimmen. Vielleicht ist es möglich, derlei Dinge in Deutschland oder in den skandinavischen Ländern zu tun, in Großbritannien und Frankreich jedoch besteht eine wirklich demokratische Kontrolle, und der Versuch einer Konferenz

in der jetzigen Zeit würde eine Verletzung des Gefühls eines Volkes sein, das nicht allein von Abscheu erfüllt, sondern auch fest entschlossen ist, zu strafen. Ich werde die betreffende Korrespondenz mit meinem Vorstand besprechen, bin jedoch überzeugt, daß die Antwort im Augenblick „nein“ lauten wird.

Bald nachher, am 5. Juli 1915, beschloß eine Gewerkschaftskonferenz der Entente-Länder in Leeds die Errichtung eines besonderen Korrespondenzbureaus für die Gewerkschaften der Entente-Länder in Paris und durchbrach damit die Einheit des internationalen Gewerkschaftsbundes. Eine darauf vom internationalen Sekretär nach Bern einberufene Konferenz, die über die Zukunft der internationalen Gewerkschaftsbewegung und den Fortbestand des Internationalen Gewerkschaftsbundes entscheiden sollte, mußte vertagt werden, weil die skandinavischen Gewerkschaften die Befürchtung äußerten, daß sich die Gewerkschaften der Entente-Länder an der Konferenz nicht beteiligen würden und somit von vornherein die Gefahr der Zersplitterung gegeben wäre. Es kam dann die schlecht vorbereitete Konferenz in Stockholm, die in Abwesenheit der Vertreter der Entente-Gewerkschaften die Berner Konferenz betraf, an der teilzunehmen auch die französischen und italienischen Gewerkschaften zugesagt hatten.

Auch für einige internationale Berufssekretariate ist von einzelnen nationalen Landesverbänden die Sitzverlegung gefordert worden, so vom Römischen Verband der schweizerischen Buchdrucker für das internationale Buchdruckersekretariat, und von den französischen und belgischen Lithographen für das Sekretariat der Lithographen und Steindrucker. In beiden Fällen wurde die Sitzverlegung abgelehnt. Für die Verlegung des Buchdruckersekretariats (dessen in Stuttgart wohnender Sekretär damals als naturalisierter Franzose interniert war) stimmten sechs angeschlossene Verbände mit 25 000 Mitgliedern, dagegen sieben Verbände mit über 100 000 Mitgliedern. Die Skandinavier begründeten ihre Ablehnung unter anderem damit, daß es schwierig wäre, vorauszusetzen, welches Land vom gegenwärtigen Krieg verschont werde. Im Falle der Lithographen und Steindrucker sprach sich selbst die englische Organisation für Zurückstellung der Erwägung bis nach dem Kriege aus, weil zurzeit schwer ein neutrales Land für das Sekretariat zu finden sei.

Durch die Haltung der englischen Gewerkschaften zu der Berner Konferenz ist nun allerdings der Miß in den internationalen Verbindungen der Gewerkschaften noch vergrößert worden. Trotzdem darf man wohl ruhig aussprechen, daß die gewerkschaftliche Internationale nicht tot ist. Sie ist durch den Krieg in ihrer Betätigung zum Teil gelähmt; einzelne Landesverbände oder -zentralen machen Schwierigkeiten; aber es besteht die begründete Hoffnung, daß diese Schwierigkeiten nach Beendigung des Krieges zu beheben sind. Insbesondere dürften die Beziehungen der beruflichen Internationalen, soweit sie überhaupt gestört waren, nach Beendigung des Krieges wieder aufgenommen werden. Denn die praktischen Bedürfnisse, die zur Schaffung dieser internationalen Beziehungen geführt haben, sind durch den Krieg nicht aus der Welt geschafft worden; sie werden im Gegenteil nach dem Kriege wirkungsvoller sein als zuvor. In dem Kampf um die nationale Existenz, die Unabhängigkeit und Entwicklungsfreiheit der einzelnen Länder hat sich die Arbeiterklasse aller Länder, ihren nationalen Interessen entsprechend, mit den übrigen Volksgenossen solidarisierlich erklärt. Ist dieser Kampf abgeschlossen, so wird in allen Ländern der Kampf um die Verteilung des Arbeitsvertrages, um die Wiedergewinnung und Verbesserung der früheren Lebenshaltung der Arbeiterklasse, der ja auch während des Krieges nirgends geruht hat, mit verstärkter Kraft fortgeführt werden. In diesem Kampf um ihren wirtschaftlichen Aufstieg haben wieder die Arbeiter der verschiedenen Länder gemeinsame Interessen; hier tritt wieder die internationale Solidarität der Arbeiter in ihre alten Rechte ein. Diese Tatsachen werden mit der Zeit ganz von selbst zur Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen der Gewerkschaften führen. Sollte sich dabei zunächst die eine oder die andere Organisation oder Landeszentrale noch großtun abseits stellen, so hätte das nicht viel zu bedeuten. Auch vor dem Krieg gehörten ja nicht alle gewerkschaftlichen Landesverbände den Gewerkschaftsinternationalen an. Die Zeit und die wirtschaftlichen Bedürfnisse werden sicher alle Widerstände überwinden.

Zur Beitragsfrage!

II.

Kaum haben Vorstand und Ausschuß die sehr zeitgemäße Frage einer mäßigen Erhöhung der Verbandsbeiträge angeregt, da meldet sich schon in Nr. 41 unserer Verbandsorgans ein Kollege zum Wort, der

einer Beitragserhöhung nicht das Wort redet, im Gegenteil von ihr entschieden abtrüt und zum Schluß wenigstens reifliche Ueberlegung der Sache vor der Abstimmung empfiehlt. In der letzten Schlussfolgerung gehe ich mit dem Kollegen Kufowksa vollständig einig, nämlich, daß diese Angelegenheit vor der Abstimmung reiflich zu erwägen ist, wie man das ja bei jeder wichtigen Frage tun sollte. Im Gegensatz zu den in dem Artikel des Kollegen K. entwickelten Anschauungen, will ich mir aber die Ueberzeugung aufdrängen, daß eine gründliche Ueberlegung der hier aufgerollten Frage bei den weitaus meisten Kollegen und Kolleginnen unbedingt zu dem Ergebnis führen wird, der vorgeschlagenen Erhöhung der Beiträge rückhaltlos zuzustimmen. Ich muß es mir versagen, in diesem Rahmen auf die Gründe alle einzugehen, welche für eine Beitragserhöhung sprechen, obwohl die Materie stark dazu anreizt. Das würde die mir gesteckten Grenzen weit übersteigen, und dann kann ich es an dieser Stelle auch ruhig dem Vorstand und Ausschuß überlassen, diese Gründe wie den Geldwert unseres heutigen Beitrages, gemessen an den uns zweifellos bevorstehenden großen Aufgaben, dem Mißverhältnis zum Einkommen der meisten Kollegen u. a. m., der Gesamtheit unserer Kollegen und Kolleginnen klar vor Augen zu führen. Ich beschränke mich darauf, die Gründe zu widerlegen, welche der Kollege K. in seinem Artikel gegen eine Beitragserhöhung ins Feld führt und die meines Erachtens gar nicht durchschlagend sind. Der Kollege K. glaubt zur Beschaffung der Mittel für unsere wichtigen Zukunftsaufgaben einen besseren Weg vorzuschlagen, indem er an die Opferwilligkeit unserer Kollegen durch Zahlung von Extrabeiträgen usw. erinnert. Gerade hier dürfte er fehlergründig haben. Wie war es denn damit? Gewiß war ein Teil der Kollegen opferwillig genug, sowohl Extrabeiträge zu zahlen als auch noch auf Listen zu zeichnen. Aber waren es alle, von denen man es billigerweise verlangen dürfte? Mit nichten! Ich fenne welche, die nach anfänglicher Arbeitslosigkeit dann wöchentlich ca. 100 Mk. verdienen und wegen Mindereinkommen einen halben Beitrag zahlen wollten. Die Menschen sind aus verschiedenem Holze geschnitten und auch gewerkschaftlich organisierte Arbeiter sind von solchen Unterschieden nicht frei. Hier muß schon der Zwang dahinter sein, wenn gleiche Rechte auch auf gleichen Pflichten beruhen sollen, sonst halten es eine ganze Reihe von Kollegen mit dem umgekehrten Bibelwort: „Nehmen ist seliger denn geben!“ Im weiteren sagt Kollege K.: Mit einem erhöhten Beitrag erschweren wir die Agitation, vermindern die Zahl der Indifferenten, und je weniger Arbeitswillige wir im Falle eines Streiks haben, desto eher erreichen wir unser Ziel. Damit hat er nun gewiß recht, aber man kann die Frage auch anders stellen resp. die Sachlage von einem anderen Gesichtspunkte aus betrachten. Abgesehen davon, daß ein Streik niemals Selbstzweck, sondern das letzte und dann wirksamste Mittel eines Lohnkampfes sein soll, entsteht aber in diesem Fall die Frage, wie gewinnen wir den Streik am sichersten. Zu diesem letzten Mittel wird man doch nur dann greifen, wenn ein genügend hoher Prozentsatz der Beschäftigten organisiert ist, dann aber ist es jedenfalls wichtiger, die Streikenden genügend hoch zu unterstützen, damit sie den Kampf auch aushalten und zu einem guten Ende zu führen vermögen. Mit 15 Mk. pro Woche kommen wir da in Zukunft nicht mehr aus und vom Idealismus werden Frauen und Kinder nicht satt. Zur besseren Unterstützung aber braucht die Organisation größere Mittel, und die soll ihr der erhöhte Verbandsbeitrag erst schaffen, da ihr andere Quellen nicht zur Verfügung stehen. Daß wir in Zukunft schwere Lohnkämpfe zu bestehen haben werden, unterliegt aber wohl keinem Zweifel, und so müssen wir uns heizten dagegen rüsten. Wenn die Kollegen das bedenken, werden sie im eigenen Interesse für eine Beitragserhöhung und nicht dagegen stimmen. Davon wird sie auch eine etwaige Erschwerung der Agitation nicht zurückhalten. Die Indifferenten aufzuklären und für den Verband zu gewinnen, war schon immer unsere Aufgabe, vor welcher wir auch in Zukunft nicht zurückzujuden dürfen. Der höhere Beitrag hat uns an der Erfüllung dieser Aufgabe nicht gebindert, oder haben wir heute — abgesehen von dem zum Heere Einberufenen — weniger Mitglieder wie vor Jahren, wo unsere Beiträge niedriger gewesen sind? Im Gegenteil, mit höheren Beiträgen ist auch der Einfluß und die Macht der Organisation gewachsen. Gewiß aber wird niemand behaupten wollen, die Kollegen und Kolleginnen könnten den erhöhten Beitrag nicht bezahlen. Ganz abgesehen von den enormen Lohnaufbesserungen bzw. Teuerungszulagen, welche allein während der Kriegszeit unseren Mitgliedern lebendig durch die Macht der Organisation zugesprochen sind, spielen diese 15 Pf. mehr pro Woche im Haushaltsgesetz des Arbeiters heute doch eine so geringfügige Rolle, daß er sie gern und freudig opfern sollte, um seine Organisation damit stark und lebensfähig zu erhalten und für die schweren Kämpfe der Zukunft im Interesse seiner selbst auszurüsten.

Darum muß die Angelegenheit, wie Kollege K. sagt, reiflich überlegt werden, aber nicht nur nach der pessimistischen Seite. Das Ergebnis dieser reiflichen Ueberlegung kann der Beitragserhöhung nur günstig sein.

Offenbach a. M.

Karl Höp.

III.

Ein guter Hirte sorgt für seine Herde. An dieses Bibelwort wurde ich erinnert, als ich die Bekanntmachung des Hauptvorstandes betreffend Beitragserhöhung las. Leider scheinen nicht alle Kollegen von der Notwendigkeit dieser Erhöhung überzeugt zu sein, sonst könnte nicht, wie der Kollege Kufowksa in Nr. 41 unserer Zeitung es versucht, Stimmung gegen eine Beitragserhöhung gemacht werden. Was der Kollege K. mit dem Satz betreffend Kriegsende zu Anfang seines Artikels bezweckt, ist mir nicht recht ersichtlich.

Den Hinweis auf die Arbeitslosigkeit der Portefeuller zu Anfang des Krieges finde ich sehr geschmacklos, ich meine, das war unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit da zu helfen, wo Hilfe nötig war, darüber verliert man doch keine unnötigen Worte. Den Artikel in Nr. 38 habe ich leider nicht gelesen, da wir die Zeitung nicht erhielten, aber jedenfalls hat die Praxis das erwiesen, daß noch keine Organisation infolge Beitragserhöhung zugrunde gegangen ist, sondern das Gegenteil ist der Fall und nicht zuletzt bei unserer Organisation, siehe Kassel und Dresden.

Wenn dem Hauptvorstand ein Vorwurf zu machen ist, so doch nur dahingehend, daß die Erhöhung der Beiträge nicht schon viel früher in die Wege geleitet wurde, denn darüber wollen wir uns doch wohl einig sein, wäre der Krieg nicht ausgebrochen, so hätte der Verbandstag in Leipzig die Erhöhung gebracht.

Zur Frage der Berufsfremden, die der Kollege K. anspricht, möchte ich nur kurz bemerken, daß ein großer Teil derselben später wieder dem früheren Beruf nachgehen wird, der bleibende Rest wird für uns nicht die Bedeutung haben, die ihm gewöhnlich beigemessen wird, da es doch wohl jedem Arbeitgeber an Qualitätsarbeiter zu tun ist, und können die Kriegsatler doch wohl nur als Vorkünder in Frage kommen. Damit will ich nun aber durchaus nicht gesagt haben, daß ich dieser Frage keine Bedeutung beimesse.

Was nun die Besorgnis des Kollegen K. um die heimkehrenden Krieger anbetrifft, so ist meine Empfindung nach Lesen seines Artikels die, daß Kollege K. mehr Besorgnis um seinen eigenen Geldbeutel hat, als ihm das Wohl der Gesamtkollegenchaft am Herzen liegt. Was würden unsere Kollegen sagen, wenn nach dem Kriege die wirtschaftlichen Kämpfe einsetzen werden, und es müßte aus Mangel an Mitteln davon abgesehen werden, wenn es anders nicht geht, zum Meisterten zu greifen, nur weil kein Geld da ist.

Darum, Kollegen! Laßt alle kleinlichen Motive beiseite und stimmt am 1. Dezember geschlossen für die Beitragserhöhung, damit auch das Unternehmertum sieht, daß wir geschlossen hinter unserem Hauptvorstand stehen, dies kommt einer großen Lohnbewegung gleich und ist zugleich der beste Dank unseren selbstgeirten Kollegen gegenüber.

Nummenohl i. W. Friedr. Thomsen.

Bericht der 37. Sitzung der Schlichtungskommission für das Heeresausrüstungsgewerbe Groß-Berlins.

Den Vorsitz am 11. Oktober führte Herr Reinhardt.

I. Von der Firma Feibisch wird eine Patente für Feldartillerie aus Papierstoff, mit gepreßten Kesseln, vorgelegt. Die Patente ist fast vollständig mit der Hand genäht. Mit Rücksicht auf die besondere Art der Anfertigung wird der Preis von der Schlichtungskommission für diese Patente auf 8,32 Mark festgelegt.

II. Bereits in der Sitzung vom 16. August 1917 wurde von den Arbeitnehmern die Festsetzung eines angemessenen Stückpreises für Geschloßkappen aus einem Stück, die in dem Tarif für die Spandauer Konfektionsarbeiten nicht enthalten sind, beantragt. Da seinerzeit wenig Erfahrungen über die benötigte Herstellungskosten vorlagen, wurde vereinbart, daß auf Vorbehalt zunächst 11 Pf. gezahlt werden soll, daß aber, sofern dieser Lohnsatz sich als ungenügend erweisen würde, eine endgültige Preisfestsetzung mit rückwirkender Kraft in einer späteren Sitzung erfolgen solle. Da in allen Betrieben von den Maschinenführern in gleicher Weise über die geringe Verdienstmöglichkeit bei diesem Preis geklagt wird, wurde von den Arbeitnehmern die endgültige Festlegung auf 15 Pf. pro Kappe verlangt. Nach längerer Aussprache wird der Preis von der Schlichtungskommission einstimmig mit 13 Pf. festgesetzt, sofern die Kappe aus Papierstoff und die Bänder aus Gurte bestehen,

III. Von der Firma S i n d e l wird eine Wasser- trense aus Papierstoff vorgelegt. Die Schlichtungs- kommission setzt einstimmig 1,65 Mk. als angemessen dafür fest.

IV. Bei der gleichen Firma werden Kopfriemen für Fernsprecher angefertigt, die nicht im Tarif enthalten sind, obwohl es ein alter Artikel der Branche ist. Nach den Angaben der Arbeitgeber wurde früher einschließlich Putzen und Reifeln 2 Pf. pro Riemen gezahlt, wofür die Arbeit aber heute nicht zu machen ist. Die Festlegung eines neuen Preises lehnt die Schlichtungskommission aber ab, da in diesem Falle nur die Zentraltarifkommission dafür zuständig ist.

V. Von den Arbeitern der Firma R e i n h a r d t wird Beschwerde darüber erhoben, daß infolge Mangels an Transparenzleder die Steigriemen, Brust- blätter usw. mit Kalbsleder genäht werden müssen. Sie erblicken darin eine Erschwerung der Arbeit, für die eine besondere Entschädigung gezahlt werden müsse. Da dieser Mangel aber für das ganze Tarif- gebiet in Frage kommt, erklärt sich die Schlichtungs- kommission für unzuständig und überweist die Regelung der Zentralkommission.

VI. Von der Firma S t a b o d a wird eine Ge- sechtsvorratsstache aus Segeltuch vorgelegt, an welcher der Lederbezug durch Gurttappen und Strippen und die kleinen Taschenböden durch solche aus Segeltuch mit Gurteinlagen ersetzt sind. Die Schlichtungskom- mission einigt sich auf einen Preis von 3 Mk. für die Handnäherei. Dazu 20 Proz. Kriegszuschlag.

Bei den unter Ziffer I und III aufgeführten Packtaschen und Wassertrennen sind 10 Proz. Kriegs- zuschlag zu zahlen, dagegen kommt Kriegszuschlag bei den Geschloßtaschen, weil Konfektionsartikel, nicht in Frage.

VII. Von der Musikantstelle für das Heeres- ausrüstungsgewerbe sind die amtlichen Stückpreise für die sogenannten Konfektionsarbeiten veröffentlicht worden. Diese Preise verhalten sich aber ausdrücklich nur für Gegenstände aus Leinen, Drillich oder Segel- tuch. Da diese Stoffe aber nicht zu haben, wird als Ersatz meist Papierstoff verwendet, der sich bedeutend schwerer verarbeiten läßt. Um einen Ausgleich zu schaffen, der um so notwendiger ist, weil auf diese Sachen keine Feuerungszulage gezahlt wird, bean- tragen die Arbeitnehmer einen entsprechenden pro- zentualen Aufschlag für die Verwendung des Papier- stoffes.

Von den Arbeitgebern wird die Berechtigung der Forderung nicht bestritten. Da aber eine Verringerung ohne die Mitwirkung der Leitung der Rgl. Artillerie- Werkstätte und der Zentraltarifkommission nicht zum Ziele führen kann, wird den Arbeitnehmern aufge- geben, in diesem Sinne einen entsprechenden Antrag an die Rgl. Artillerie-Werkstätte zu richten.

VIII. Die Firma F r i e d r i c h E r b, G. m. b. H., weigert sich, den bei ihr beschäftigten Arbeitskräften die Differenz der Arbeitslöhne zwischen den von der Zentraltarifkommission endgültig festgesetzten Stück- preisen für die Papiergeschirre gegenüber den vereinbarten Vorbehaltslöhnen nachzuzahlen. Da eine diesbezügliche generelle Regelung durch die Zentraltarifkommission bereits erfolgt ist, übernimmt es Herr Reinhardt, die Firma auf die Verpflichtung zur Nach- zahlung der Differenz hinzuweisen.

Sitzung der Schlichtungskommission für das Heeresausrüstungsgewerbe in Frankfurt a. M.

In den Räumen des Frankfurter Gewerbegerichts beschäftigte sich die Schlichtungskommission mit einer Klage gegen die Firma Max Girich in Frankfurt am Main, Büchlerstr. 22, wegen Nichterhaltung des Tarifvertrages für das Lederausrüstungsgewerbe (Reichstarif) bzw. Nichtzahlung der Feuerungszulagen nach Nachtrag 9 und 13 des Reichstarifs. Die Firma fertigt Tornisterreparaturen, erhält die Aufträge durch Vermittlung des städtischen Arbeitsamtes und beruft sich auf einen mit diesem abgeschlossenen Ver- trag, welcher ihr wohl die Löhne des Reichstarifs, nicht aber die nachträglich vereinbarte Feuerungszulage vorschreibe. Sie will sich lediglich an diesen Vertrag halten und erklärt, an den Reichstarif nicht gebunden zu sein, weil sie diesem nicht ausdrücklich beigetreten sei. Die Schlichtungskommission steht dagegen einmütig auf dem Standpunkt, daß sich die Firma Max Girich dem Reichstarif zu unterwerfen habe; da eine Verständigung mit dem Inhaber der Firma, Herrn Sally Wasser, aber nicht zu erzielen ist, so wird eine neue Verhandlung unter Zuziehung eines Unpartei- lichen anberaumt.

Diese Verhandlung findet gleich hinterher statt und fungiert als unparteiischer Vorsitzender Herr Magistratsyndikus Prof. Dr. Cahn. Auch diese Sitzung führte zu keinem anderen Ergebnis, da Herr Wasser ausdrücklich erklärte, sich einem Schiedspruch der Schlichtungskommission nicht zu unterwerfen. Die Warnungen des Vorsitzenden wie der Beisitzer der Schlichtungskommission hatten keinerlei Erfolg, da

Herr Wasser hartnäckig auf seinem Standpunkt be- harrt, daß ihm der Reichstarif nichts angehe und jede Zahlung nach diesem Tarif verweigert.

Zwecks Einleitung des Verfahrens auf Entziehung der Arbeit wird das Protokoll der Verhandlungen der Zentralkommission in Berlin überwiesen.

Sitzung der Schlichtungskommission für das Heeresausrüstungsgewerbe in Offenbach a. M.

Am Mittwoch, den 10. Oktober, kam vor der obigen Schlichtungskommission in den Räumen des Gewerbegerichts eine Klage gegen die „Deutsche Leder- industrie Werlau“ bei St. Goar (Gehr. Jsidor) zur Verhandlung. Der Sattler Gerhard Tiz aus Ober- weisel erlangte Nachzahlung für zu wenig gezahlten Lohn bzw. Feuerungszulage und belegte diese For- derungen mit einer Anzahl Lohnzuteilen. Tiz ist gegen- wärtig beim Militär, war aber zur Verhandlung be-urlaubt und auch als Zeuge für die Nichterhaltung des Tarifs den übrigen bei Jsidor beschäftigten Ar- beitern und Arbeiterinnen gegenüber erschienen. Die Firma hat den Arbeitern für Fäden und Verpus 20 Proz. vom Arbeitslohn in Abzug gebracht und will das mit den Arbeitern so vereinbart haben. Herr Jsidor legt diese Vereinbarung, von mehreren Arbei- tern unterzeichnet, auch schriftlich vor, muß sich aber von der Schlichtungskommission sagen lassen, daß dieser Abzug durchaus ungerechtfertigt ist. Von dem Gauleiter Höj als Anklagevertreter wird darauf hin- gewiesen, daß die schriftliche Vereinbarung erst vom 5. Oktober d. J. datiert und die Behauptung des Herrn Jsidor, dieselbe Vereinbarung habe vorher mündlich bestanden, nicht ernst zu nehmen sei. Außer- dem benütze die Firma den hohen Abzug für Neben- arbeiten wohl als Mittel, die Bestimmungen des Ver- trages zu umgehen, was schon daraus hervorgeht, daß der Abzug vor Inkrafttreten der Feuerungszu- lage nur 10 Proz. betrug, dann aber auf einmal 20 Proz. abgezogen und damit die Feuerungszulage illusorisch gemacht wurde. Herr Jsidor verpflichtet sich hierauf, in Zukunft nur noch 10 Proz. für Fäden und Verpus in Abzug zu bringen oder die Arbeiter selber aufputzen zu lassen. Die Nachforderungen des Sattlers G. Tiz wurden insgesamt auf 64 Mk. be- ziffert, wovon Betrag Herr Jsidor gleich auszahlte. Die richtige Entlohnung der Hilfsarbeiter, Leder- stepperinnen usw. soll durch den Vorsitzenden der Schlichtungskommission und einen Arbeitnehmerbeisitzer an Ort und Stelle an Hand der Lohnbücher einer Nachprüfung unterzogen werden.

Sitzungsbericht der Schlichtungs- kommission Ulm-Neu-Ulm für das Lederausrüstungsgewerbe.

Den Vorsitz am 3. Oktober führte Herr Friedr. Eckart.

1. Bei der Firma Leplat in Neu-Ulm werden seit längerer Zeit Flaschenhalsriemen angefertigt; dafür erhalten die Arbeiterinnen statt 10 Pf. laut Nach- trag 11, Position 13, nur 5 1/2 Pf., ebenso wurde den Arbeiterinnen keine Feuerungszulage bezahlt. Vom Vertreter der Arbeiterinnen, Kollegen Otto Storz, wird eine Nachzahlung von 4 1/2 Pf. pro Stück, rück- wirkend bis 15. Mai, nebst einer durchschnittlichen Feuerungszulage von 10 Proz. verlangt. Dem An- trage wurde stattgegeben. Die Firma Leplat wurde somit verpflichtet, auf sämtliche Flaschenhalsriemen, die seit dem 15. Mai bis 1. September angefertigt wurden, die Differenz von 4 1/2 Pf. innerhalb vierzehn Tagen an ihre Arbeiterinnen, ganz gleich, ob dieselben noch im Betrieb sind oder nicht, nachzuzahlen. Die Firma Leplat hat dieser Entscheidung zugestimmt.

2. Bei der Firma Römer wurden Spatenfuttermale, Position 21 des Tarifs, angefertigt, bei welchen das Unterteil aus zwei, das Oberteil aus drei Stücken zusammengesetzt ist. Der Fall wurde als erledigt an- gesehen, da Herr Storz sich auf Nachtrag 14 berief, somit 95 Pf. statt 70 Pf. zu zahlen sind.

3. Die Lohnkommission der Firma Eckart war der Ansicht, daß der Maßfaben, den die Firma Eckart abgibt, nicht als Wachsmaßschneefaden, sondern als Segelgarn zu betrachten sei, mindestens aber, der Qualität nach, zu teuer sei. Dies wurde von Herrn Eckart widerlegt. Die übrigen Beisitzer der Schlich- tungskommission müssen zugeben, daß es Maßschneefaden ist. Die Firma Eckart wird von jetzt ab das Maß für die Zukunft um 8 Mk. statt 9 Mk. abgeben.

Korrespondenzen.

Berlin. Die Ortsverwaltung Berlin hatte die heimarbeitenden Portefeuller zu einer Versammlung am 15. Oktober im Gewerkschaftshause eingeladen, um zu verschiedenen, sie aufs engste berührenden Berufs- fragen Stellung zu nehmen. Kollege Weinschild schil- derte in seinem einleitenden Vortrag die bisherigen

Organisationsformen der Heimarbeiter und ihre Er- folge auf wirtschaftlichem Gebiet. Vor allem unter- scheidet er die Tatsache, daß die Verschmelzung zum Sattler- und Portefeullerverband für die Heim- arbeiter sich bei den letzten Tarifabschlüssen und wäh- rend des Krieges außerordentlich gut bewährt hat. Wenn nicht in allen Betrieben die Erzeugnisse reiflos durchgeführt sind, so können die Heimarbeiter nicht ganz frei von Schuld gesprochen werden. Wo sie sich nicht um ihre Rechte kümmern, nehmen die Fabrikanten keine Veranlassung, sie ihnen besonders zu präsentieren. Mit dieser Lässigkeit muß unter allen Umständen gebrochen werden, soll die nächst- jährige Tarifbewegung uns dem gesteckten Ziele näherbringen, vor allem das Erreichte festzuhalten und daran weiterzubauen. Auf die Sonderfragen übergehend schilderte Redner das Hausarbeitsgesetz, die mit dem 1. Januar 1918 in Kraft tretenden Be- stimmungen bezüglich Ausnahmen von Lohnzuteilen, die viel weiter gehenden Bestimmungen unseres Ver- trages, die unentgeltliche Lieferung von Zutaten, Kranken- und Invalidenversicherung der Heimarbeiter und die Notwendigkeit der Gewerbesteuerfreiheit, um die Heimarbeiter unter dem Titel des Dienstvertrages der Gewerbeordnung zu halten. Diese Bestrebungen zu unterstützen und zu verwirklichen, muß die Tat der Heimarbeiter selbst sein, indem sie sich gewerkschaftlich organisieren. In der Diskussion wurde eine Reihe von Beschwerden vorgebracht, daß es noch immer Fa- brikanten gibt, die von den Heimarbeitern die Liefe- rung von Maßgarn verlangen, trotzdem dies nach den Vereinbarungen verboten ist. Auch die finanzielle Entschädigung für Zutaten ist vielfach ungenügend. Vom Kollegen Hauptmann wurde zugesichert, daß den Beschwerden nachgegangen und sie bald abgestellt werden sollen. Dabei bemerkte er, daß es so weit gar nicht hätte kommen dürfen, wenn die Heimarbeiter den Einladungen zu Werkstattversammlungen besser Folge leisten würden. Unter Verbandsangelegenheiten wurde bekanntgegeben, daß die Ortsverwaltung bereit sei, den Heimarbeitern die Bezahlung der Beiträge in der Weise zu erleichtern, daß sie ab 1. Januar 1918 ein Postspargkonto einrichtet. Jeder Heimarbeiter, der sich in eine im Bureau ausliegende Liste eintragen läßt, dort sein Mitgliedsbuch abgibt, erhält regelmä- ßig alle vier Wochen eine Zahlkarte zugehickt, auf die er bei der nächsten Postanstalt seine fälligen Bei- träge einzahlt. Der Postabschnitt gilt als Quittung. Die Beiträge werden ordnungsgemäß im Bureau ge- klistet. Gegen Zahlung des Portos erfolgt auch die regelmä- ßige Zusendung der Fachzeitung. Der Vor- schlag wurde allseitig gutgeheißen. Hoffentlich machen die Kollegen auch Gebrauch von dieser Einrichtung. Mit der Mahnung, das Gehörte zu beherzigen und für die nächste Tarifbewegung zu rüsten, schloß die an- regend verlaufene Versammlung.

Rundschau.

Kriegsparteitag der deutschen Sozialdemokraten. In der Woche vom 14. bis 20. Oktober hielt nach vier- jähriger Pause die deutsche sozialdemokratische Partei in Würz burg ihren Parteitag ab, dessen Verhandlungen für die gesamte Arbeitererschaft von außerordentlicher Bedeutung sind. Mit Genügung begrüßen wir den Beschluß, in der deutschen Arbeiterbewegung wieder ein Zusammenarbeiten aller sozialdemokratisch denkenden und fühlenden Genossen zu ermöglichen, um so nicht nur bei der Übergangswirtschaft, sondern auch in aller Zukunft Volksrechte zu wahren und den Arbeitern wirksame Teilnahme bei der Gestaltung einer Neuordnung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete zu sichern. Wir wollen wünschen, daß die Unabhängigen in die ihnen dargebotene Hand einschlagen. Daß der Parteitag sich für die baldige Kriegsbeendigung ohne gewaltsamen Landesverwund und ohne Kriegsent- schädigung erklärte, ist selbstverständlich. Hoffentlich erkennen auch die Sozialdemokraten der Entente- mächte diesen Willen zur schleunigen Beendigung des Menschenmordens an und versuchen, ihre Re- gierungen in der gleichen Weise zu beeinflussen, wie es der Parteitag für die deutsche Sozialdemokratie erneut und einstimmig beschlossen hat. Die Haltung der Fraktion und die Tätigkeit des Parteivorstandes wurde mit einer fast an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit gebilligt, E b e r t und S c h e i d e m a n n wieder zu Vorsitzenden gewählt.

Ein ständiges Musterlager von Bedarfsgegen- ständen der kaiserlichen Marine und der bayerischen Armee wurde am Montag, den 15. Oktober, bei der Bayerischen Landesgewerbeanstalt in Nürnberg er- öffnet. Diese Einrichtung ist auf das in Interessen- freisen laut gewordene und im Reichstag auch von bayerischen Abgeordneten nachdrücklich unterstützte Verlangen nach einer umfangreicheren Berücksichtigung der Industrie und des Handwerks Süddeutschlands bei den Militärlieferungen zurückzuführen. Das Musterlager umfaßt eine große Anzahl von Verbrauchs- und Einrichtungsgegenständen, wie sie in Konstruktion

und Form den besonderen Anforderungen der militärischen Verwaltungstellen zu entsprechen haben. Angehörigen verschiedener Zweige der Industrie und des Handwerks ist somit Gelegenheit gegeben, sich mit diesen Stellen auf Grund der Entziehung des Musterlagers wegen Erteilung von Aufträgen für Lieferung bestimmter Gegenstände in Verbindung zu setzen. Das Musterlager ist nicht für die Allgemeinheit zugänglich, sondern nur für Angehörige der Industrie und des Handwerks, die sich für Lieferungs-aufträge interessieren wollen. Die Befichtigung kann nach vorheriger Anmeldung in der Expedition der Bayerischen Landesgewerbeanstalt an den Wochentagen von 10-4 Uhr, Sonnabends von 10-12 Uhr erfolgen. An den Sonntagen bleibt das Musterlager geschlossen.

Wohnungsreformfrage und Organisation.
In der Zeit nach Friedensschluß wird die Herabsetzung der Preise der Hauptlebensbedürfnisse eine ganz besondere Wichtigkeit gewinnen, denn der Ausgleich für Veränderungen in den Löhnen wird vor allem in einer wesentlichen Verringerung der Preise für Lebensmittel, Kleider und die anderen großen regelmäßigen Bedürfnisse gesucht werden müssen. Eine sehr große Rolle unter diesen Gütern spielt da aber auch die Wohnung, und hier liegen bei der außerordentlichen Verteuerung des Bauens und dem vielerorts zu erwartenden Wohnungsmangel die Verhältnisse sogar ganz besonders bedrohlich. Die Organisationen der Arbeiter und Angestellten wie alle sonstigen der Sozialpolitik sich widmenden Körperschaften haben daher das allergrößte Interesse daran, daß ohne Verzug eine umfassende und kräftige Wohnungsreformpolitik eingeleitet wird, die den Uebelständen wenigstens einigermaßen vorzubeugen geeignet ist. Der Herbeiführung einer solchen Wohnungsreformpolitik gilt eine große Wohnungsreform- und gebung, die der Deutsche Wohnungsausschuß am 30. Oktober, abends 8 Uhr, in Berlin im „Nheingold“, Potsdamer Straße 3, als Vertreterversammlung der großen Organisationen und sonstigen Interessentenfreie veranstaltet. Der genannte Ausschuß stellt bekanntlich eine organische Zusammenfassung der weiten für eine kräftige Wohnungsreform eintretenden Kreise dar und ist daher zu einem solchen Eingreifen besonders berufen. Wir möchten auf diese geplante Kundgebung hiermit besonders aufmerksam gemacht haben.

Briefkasten der Redaktion.

H. Sie haben recht. Arbeiter sind auf jeden Fall Krankenversicherungspflichtig, gleichgültig wie hoch ihr Jahresverdienst ist. Nur Angestellte, wie Werkmeister, die ein Jahreseinkommen von 2500 Mk. und darüber haben, sind nicht versicherungspflichtig.

M. in Fsh. In der Offenbach-Frankfurter Lederwarenindustrie sind auf Grund der Vereinbarungen die Teuerungszulage und der Ueberstundenzuschlag prozentual nach dem Grundlohn zu zahlen. Für Ueberstunden muß neben dem Ueberstundenzuschlag noch die Teuerungszulage gewährt werden.

Adressenänderungen.

Köslin. B: August Heidemann, Holzmarkt 2 II.
Glogau. K: Jof. Klapper, Meine Oderstr. 2 II.

Sterbetafel.

Als Opfer des Krieges sind gefallen unsere Mitglieder

Georg Wurm, Wm a. D., 20 Jahre alt.
Georg Seiber, Mannheim, 19 Jahre alt.

Berlin. Von einem herben Verlust wurde unser Kollege und Redakteur Weinschild betroffen, indem sein Sohn und unser Mitglied Willy Weinschild, der seit Mai d. J. aus dem Lazarett beurlaubt war, am 23. Oktober infolge Lungentuberkulose im Alter von 20 Jahren verstarb.

— Am 6. Oktober verstarb unser Mitglied, der Militärsattler Wilhelm Wille, 31 Jahre alt.

Essen a. d. Ruhr. Im Lazarett verstarb unser Mitglied Lorenz Wasielewski, 35 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Kapazier liefert als Spezialität

Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.

— Gegründet 1880. —
Preislisten S. P. gratis und franko.

Zur Silberhochzeit am 30. Oktober d. J. gestatten wir uns, unsern Vorzögenden und langjährigen Verbandsmitglieder

Hermann Müller

und seiner lieben Ehefrau die herzlichsten Glückwünsche zu entbieten. Mögen ihnen noch recht viele Jahre in bester Gesundheit im Kreise ihrer Familie und in unserer Mitte vergönnt sein.

Die Ortsverwaltung Dresden.

Tüchtige Sattler

auf Militärarbeit für sofort gesucht.

**Manuel Kahn,
Karlsruhe i. Baden,**

Herrenstraße 23.

7000 Meter

schwarzes Gurttband, ca. 20 mm breit, hat abzugeben

**E.A. Nether, Aktiengesellschaft,
Zeitz, Prov. Sachsen.**

Zuschneider, Stanzer

gesucht.

**Zuschneidestelle der
Lederindustrie Bielefeld, G. m. b. H.,
Bielefeld, Königstraße 56.**

Sattler

auf Tornister und Geschirre gesucht.

**C. Leschen & Co., Fabrik f. Militärsattler,
Köln-Nippes, Geldernstraße 46.**

Sattler

auf Militärarbeit stellt sofort ein
Neolus Werke, Cassel.

Lederschwärze

in anerkannt erstklassiger Beschaffenheit liefert gegen Nachweis der Heereslieferung

Chemische Fabrik Cöthen, Cöthen-Anhalt.

Für Heereslieferungen werden eine oder mehrere

Flach-Nähmaschinen

für Leder- und schwere Stoffarbeiten, neu oder gebraucht, zu kaufen gesucht.

**Christoph & Anmack, Akt.-Ges.,
Niesky O. L.**

Sattler

auf Militärarbeit stellt sofort ein.

**Heinrich A. Grebenstein, Abt. Militärausrüstungen,
Hannover.**

Erste technische Kraft

für die in Leipzig zu errichtende

Lederzuschneidestelle für Heeresbedarf

für sofort gesucht. Genauste Kenntnisse der Branche, besonders des Zuschnittes, sowie Fähigkeit zur Anleitung und Ueberwachung eines großen Betriebes unerläßliche Bedingung.

Ausführliche Angebote unter Angabe bisheriger Tätigkeit erbeten unter „Lederzuschneidestelle“ an die

Handelskammer Leipzig.